

Inhalt

Vorwort	11
---------------	----

1 ■ Deutschland-Frage und zwei deutsche Staaten (1945/49–1961)	15
---	----

1.1 »Germany first«: Die European Advisory Commission (EAC) 1943–45	15
1.2 Widersprüchliche Befreiung 1945: Bedingungslose Kapitulation, Bombenkrieg, »Zusammenbruch« und »Stunde Null«?	16
1.3 Jalta, Potsdam und die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten 1945	20
1.4 Alliierte Kontrolle der Reorganisation von Partei- und Länderpolitik 1945–47 ...	24
1.5 Entstehung unterschiedlicher Erinnerungskulturen	32
1.6 Exempel ohne weitreichende Folgen: Das IMT in Nürnberg 1945/46 und die Nachfolgeprozesse, versandete Entnazifizierung und schwierige Wiedereingliederung	36
1.7 Beginn des Kalten Kriegs und Präjudizien für die innerdeutsche Teilung: Bizone, Münchner Ministerpräsidentenkonferenz 1947 und »Trizonesien« 1948	42
1.8 Der erste Sieg der Westmächte im frühen Kalten Krieg um Deutschland	47
1.9 Ein doppeltes Provisorium unter Besatzungsherrschaft	58
1.10 Äußere und innere Teilintegration der BRD und DDR	65
1.11 »Wiedergutmachung« der BRD – Ablehnung durch die DDR	73
1.12 Eingeschränkte Westeuropapolitik: Mitbegründung der Montanunion, Beitritt zum Europarat, »Deutschlandvertrag« und Scheitern der Europaarmee	80
1.13 Westliche vor östlicher Militärblockbildung – die Militarisierung beider deutscher Staaten	86
1.14 Zwei deutsche Staaten – zwei deutsche Systeme	95
1.15 Konträre Außenpolitik der BRD und DDR	144

2.	Verfestigung der Teilung (1961–1972)	171
2.1	Stabilisierung der DDR und fortgesetzte Westintegration der Bundesrepublik unter Erhard und Kiesinger	171
2.2	Die kurze Kanzlerschaft Ludwig Erhards (1963–1966) und die Große Koalition unter Kurt-Georg Kiesinger (1966–1969) als Übergangsphasen	192
2.3	Die anderen und neuen Gesichter der BRD: »Gastarbeiter«, Extremismus und die 1968er-Studentenbewegung	196
2.4	Machtwechsel in Bonn: Die sozialliberale Koalition Brandt-Scheel (1969–1974)	200
3.	»Wandel durch Annäherung«, Entspannung und Normalisierung (1972–1979)	214
3.1	Schwierige Begegnungen und extrem mühsame Verhandlungen: EG-Erweiterung, UNO-Beitritte, KSZE und die deutsch-deutschen Beziehungen	214
3.2	Die Affäre Guillaume als Pyrrhussieg der DDR – SED-Abgrenzungspolitik – Fortsetzung der sozial-liberalen Koalition unter Schmidt und Genscher	218
3.3	Ölkrise, Wachstumsgrenzen, Arbeitslosigkeit und die »Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik«: Die Lage in beiden deutschen Staaten	223
3.4	Zentrale Erfassungsstelle Salzgitter, Extremisten-Beschluss, Berufsverbote und die Rote Armee Fraktion	231
3.5	Bürgerinitiativen, Frauen-Emanzipation, Mitbestimmung, alternative Energien und Erweiterung des traditionellen Parteienspektrums	241
4.	Entspannung in der Krise, Neue Konfrontation, Rüstungsabbau und Blockerosion (1979–1989)	246
4.1	Afghanistan-Intervention der UdSSR, KSZE-Nachfolgeprozess, NATO-Doppelbeschluss, Friedensbewegung und Raketen-Stationierung und Helsinki-Effekte dank Gorbatschow	246
4.2	Konstruktives Misstrauensvotum gegen Schmidt, konservative Wende unter Kohl und Etablierung der Grünen	252
4.3	Der INF-Vertrag und die Verantwortungsgemeinschaft der deutschen Staaten	255
4.4	Erinnerung an die Weltkriege, Historikerstreit und die Frage der Aussiedler	259
4.5	Tschernobyl und die Anti-AKW-Bewegung – Proteste gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf – Fortschritte in der EG-Integration	263
4.6	Steigende Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung sowie Skandale in der Bonner Republik und der DDR	266
4.7	Weder Glasnost noch Perestroika in der DDR, Honecker-Besuch in Bonn, SED-Repression, Kirchenopposition und erste Anzeichen der Erosion	270

5.	Wiederkehr der »Deutschen Frage« und Vereinigung Deutschlands (1989/90)	275
5.1	Hintergründe und Voraussetzungen der Veränderungen in Ostdeutschland	275
5.2	Wirtschaftlicher Niedergang, Botschaftsbesetzungen, Radikalisierung und gelungene Massenflucht über Ungarn	278
5.3	Vorböten des 9. November: Abbau der ungarischen Grenzanlagen, das Paneuropa-Picknick und die offizielle Grenzöffnung zu Österreich und die Angst vor einer »chinesischen Lösung«	288
5.4	Gescheitertes Jubiläum 40 Jahre DDR, Ablöse Honeckers und Kollektiv-Rücktritt des ZK	293
5.5	Die Öffnung der Grenzübergänge am 9. November und Kohls »Zehn-Punkte-Plan«	297
5.6	SED-Krise, Bürgerrechtsgruppen, die Übergangsregierung Modrow und der »Zentrale Runde Tisch«	304
5.7	Deutsch-deutsches Treffen in Dresden, Öffnung des Brandenburger Tors, Wochen des Schweigens in Moskau und Vermeidung eines Chaos	306
5.8	Schwer lastendes Stasi-Erbe und vorgezogene Volkskammerwahlen	309
5.9	Deutsch-deutsche Währungsunion, die Oder-Neiße-Frage, Sorge bei den westlichen Partnern und die »Zwei-plus-Vier-Verhandlungen«	314
5.10	Keine militärische Vereinigung: Die NVA als ungeliebtes Kind der deutschen Einheit	327
5.11	Doppelte Repräsentation und das Ende der geteilten Auslands- kulturpolitik 1989/90	329
5.12	Helmut Kohl als »Kanzler der Einheit« – Kontrastprogramm zur »Deutschlandpolitik« von Konrad Adenauer	331
5.13	Legalisierter Vollzug der Einigung nach Artikel 23 Grundgesetz	337
6.	Folgen und Lasten der Einheit: Transformation, Stagnation und der Ausklang der Ära Kohl (1990–1998)	341
6.1	Erste gesamtdeutsche Wahlen und der Preis der Einheit	341
6.2	Die »Treuhand«: Prügelknabe und Sündenbock – Bilanz einer finanziellen und einmaligen ökonomischen Katastrophe	345
6.3	Von der Provinz in die Metropole: Berlin wird neue Hauptstadt und Bonn Bundesstadt	354
6.4	Im Zeichen der Rezession: Stagnation und Krise des Sozial- und Wohlfahrtsstaats	357
6.5	Rechts- und Linksextremismus: Anschläge auf Ausländer und die letzten RAF-Attentate gegen das BRD-»Establishment«	361
6.6	Vorbereitung des Euro und stärkeres internationales Engagement: Kontroversen über Deutschlands Rolle in Europa und der Welt	363

6.7 Grundgesetz-Änderungen, ein erster gesamtdeutscher Bundespräsident und die politische Rolle des Bundesverfassungsgerichts	368
6.8 Bundestagswahl, Sieg für Rot-Grün und Ablösung Kohls 1998	373

7 ■ »Rot-Grün« als Experiment auf halbem Weg (1998–2005) 379

7.1 Die Hauptakteure: Gerhard Schröder und Joschka Fischer	379
7.2 Schröders »neue Mitte«, Lafontaines Rücktritt und Verluste bei den Grünen . . .	381
7.3 Umstrittene Außenpolitik: »Kosovokrieg« 1999 und Friedensmission in Mazedonien	382
7.4 Aufschwung und Rückschlag der CDU durch die Spendenaffäre	386
7.5 Deregulierung und Internationalisierung: Deutschlands Rolle im Zeichen der Globalisierung und EU-»Osterweiterung«	388
7.6 Steuer- und Rentenreform sowie Schuldenabbau – Atomausstieg und Diversifizierung der Gesellschaft	391
7.7 Entscheidung für Zwangsarbeiterentschädigung und Kontroverse um das Holocaust-Mahnmal in Berlin	394
7.8 Streit um Staatsangehörigkeitsrecht – Einwanderungsland Deutschland	398
7.9 Terrorismusbekämpfung im Zuge von »9/11« und Vertrauensfrage im Bundestag für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr	400
7.10 Euroeinführung, Flutkatastrophe und die Ablehnung des Irakkriegs: Knapper Wahlsieg für Rot-Grün 2002	405
7.11 Grenzen der Reformpolitik, Neuwahlen und das Ende von Rot-Grün 2005	408
7.12 Rot-Grün als Projekt: Gemischte Bilanz einer einmaligen Regierung	412

8 ■ Bruch und Tradition: Große Koalition unter Angela Merkel (2005–2009) 414

8.1 Angela Merkel: Der Weg zur ersten Bundeskanzlerin	414
8.2 Große Koalition unter Merkel als Bundeskanzlerin	416
8.3 Aktive Außenpolitik, EU-Ratspräsidentschaft und Bindung zu Israel	418
8.4 Fortgesetzte Reformpolitik mit Erfolgen und Misserfolgen	422
8.5 Finanz- und Wirtschaftskrise, ein Wahlkampf der Ausschließlichkeit, Bundestagswahlen und das Ende der Großen Koalition (2008/09)	424
8.6 Fazit einer »Zwangsehe«	428

9.	Die schwarz-gelbe Koalition (2009–2013)	430
9.1	»Scheitert der Euro, dann scheitert Europa«: Griechenland-Krise und »Rettungsschirme«	430
9.2	Anhaltender »Aufbau Ost«, abrupter Ausstieg aus der Atomenergie und ein neonazistischer Untergrund	435
9.3	In der Afghanistan-Falle: ISAF als Mission Impossible, »Kundüz-Affäre« und die späte Erkenntnis eines Kriegseinsatzes	439
9.4	Die NSA-Affäre und die Frage der deutschen Souveränität	444
9.5	Bilanz der schwarz-gelben Koalition	446
10.	Vom europäischen Krisenmanager zur lahmen Ente Europas (2014–2017)	448
10.1	Gesellschaftliche Umbrüche, Wandlungen und Verwerfungen	448
10.2	»Flüchtlingskrise« oder die Problematik von »Wir schaffen das!«	453
10.3	Islamistischer Terrorismus, Merkels sinkender Stern und Deutschlands Verlust an Führungsfähigkeit in Europa	460
10.4	Schließung der Balkanroute, Flüchtlingsabkommen mit der Türkei, Spannungen mit Ankara und Etablierung der AfD	464
10.5	Sanktionen gegen Russland, Diesel-Skandal und das »Brexit«-Referendum im Vereinigten Königreich	470
10.6	Rechtsextremistische Untergründe	473
11.	Die ausklingende Ära Merkel und die Berliner Republik am Scheideweg (2017–2020)	476
11.1	Die Bundestagswahl 2017 als politisches Erdbeben und der Einzug der AfD in den Bundestag	476
11.2	Der Aachener Vertrag – kein verheißungsvoller Neustart für Europa	484
11.3	Deutschland im 21. Jahrhundert – eine vorläufige Bilanz der Ära Merkel	490
12.	Drei unterschiedliche Republiken mit zehn verschiedenen Dimensionen: Bonn – Pankow – Berlin	504
12.1	Die geschichtliche und historiographische Dimension deutscher Staatlichkeit	506
12.2	Die Dimension des demokratie-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Zusammenhangs	510

12.3 Die Dimension der äußeren und inneren Sicherheit – ein gemeinsames Anliegen	516
12.4 Die außenpolitische Dimension als Divergenz-Problem	520
12.5 Die Dimension der deutschen Einheit 1989/90 als nationaler Aufstand	528
12.6 Die Dimension der geteilten Nation mit den Langzeitfolgen einer gespaltenen Gesellschaft	533
12.7 Die Dimension der Identitätskompensationen	536
12.8 Die vergangenheitspolitische Dimension	537
12.9 Die Dimension der Wirtschafts- und Zahlungspolitik	540
12.10 Die neue Dimension der Berliner Republik	544
Abkürzungsverzeichnis	550
Bibliografie	553
Verzeichnis der Abbildungen und Grafiken	572
Abbildungen	572
Grafiken	575
Personenverzeichnis	579

Vorwort

Blickt man zurück auf die deutsche Geschichte, so trifft der Titel des Buchs »Achterbahn« von Ian Kershaw zur Geschichte Europas gleichermaßen auch für die Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert voll und ganz zu. Es erlebte das Ende einer Monarchie, einer Republik und von zwei totalitären Diktaturen. Mit dieser Erfahrung des Zusammenbruchs von vier staatlichen Systemen (1918, 1933, 1945 und 1989/90) musste man umgehen lernen.

Nach der Diktatur der ideologischen Verführung, Vernichtung und Zustimmung des Nationalsozialismus (1933–1945) folgte mit der DDR eine Diktatur der weltanschaulichen Erziehung, Unterdrückung und Überwachung (1949–1989).

In Anlehnung an das autobiographische Werk von Fritz Stern »Fünf Deutschland und ein Leben«, der ausgehend von seinen Erlebnissen in der Weimarer Republik, im »Dritten Reich«, in der DDR, der Bundesrepublik und der Berliner Republik seine Erinnerungen verfasst hat, handelt dieses Buch von drei deutschen Staaten: der BRD von 1949–1990, der DDR im gleichen Zeitraum und der Berliner Republik im Zuge der deutschen Vereinigung.

Allein die Geschichte nach 1945 bietet schon reichlich Stoff für drei deutsche Staaten. Zudem fragt sich nicht nur, wann die Berliner Republik, so ein Buchtitel von Manfred Görtemaker, im Bewusstsein der Menschen eingesetzt und im Denken der Politik eigentlich begonnen hat, sondern inwieweit nach 1945, 1955 und 1989/90 oder auch mit dem Jahr 2015 und der »Flüchtlingskrise« eine weitere Zäsur für eine anders gewordene deutsche Republik gegeben ist.

Aspekte der Innen-, Außen-, Sozial-, Kultur-, Medien-, Industrie-, Technik-, Sport-, Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik werden in beiden deutschen Staaten vor 1990 gleichermaßen behandelt, weil es zu lange eine selektive Geschichtsschreibung zu jeweils einem der deutschen Staaten ohne größere Bezugnahme auf den anderen gegeben hat.

Die BRD und die DDR blieben trotz der Auseinanderentwicklung ihrer Gesellschaften und der Entfremdung der Menschen sowie trotz ideologischer Gegensätzlichkeit, politischer Konfrontation der Regime und territorialer Teilung aufeinander bezogen. Mehr noch waren sie voneinander abhängig, bedingt durch die über vier Jahrzehnte währende, verbissen ausgetragene Systemkonkurrenz des doppelten Deutschland (Udo Wengst/Hermann Wentker).

Jeweils der eine Staat wollte den anderen ausstechen, übertrumpfen und sich als der bessere und überlegene erweisen. Permanente Bezogenheit und strukturelle Ab-

hängigkeit beherrschten die Beziehungen. Dieser Dauerzustand hat sich auf die jeweiligen Geschichtsbetrachtungen beiderseits der Elbe ausgewirkt und wirkt in der wechselseitigen Wahrnehmung und Selbstwahrnehmung der Deutschen in Ost wie West bis heute nach.

Hinzu kommt eine weitere Herausforderung: Die Geschichte der Bundesrepublik wurde von der westdeutschen Historiographie weitgehend als Geschichte des ›besseren‹ Deutschlands dargestellt, eines Deutschlands, das als Sieger aus der innerdeutschen Auseinandersetzung hervorgegangen war. Diese Dichotomie von Erfolg und Misserfolg, also die binäre Opposition von ›Gewinnern‹ und ›Verlierern‹ begegnet einem immer noch in vielen Darstellungen. Sie wird die Geschichtsschreibung nicht weiterbringen, zumal wenn sie sich betont einseitig mit Defiziten, Mängeln und Schwächen nur einer Seite befasst, ohne ebenso auf die der anderen Seite einzugehen, um ein einigermaßen ausgewogenes Bild zu zeichnen.

Es reicht bei einer Gesamtbetrachtung auch nicht aus, die beiden deutschen Staaten nur nebeneinander und gegenüberzustellen, denn Deutschland von 1945/49 bis 1990 war mehr als nur die Summe seiner Einzelteile. Es gilt daher, beide Staaten nach gleichen Kriterien zu betrachten und sie nach den gleichen Maßstäben zu beurteilen, nicht lediglich allein aus westlicher oder nur aus östlicher Sicht, sondern aus der Perspektive eines auktorialen Erzählers mit gebührendem Abstand und der Identifizierung von Analogien, Parallelen, Übergängen und Überlappungen.

Eine mittlere und neuere Historiker-Generation, wie beispielsweise Frank Bösch, Stefan Kreuzberger, Dominik Geppert oder Dierk Hoffmann fragte sich schon, wie die Geschichte einer gespaltenen Nation zwischen 1945 und 1990 zu schreiben ist, die als »geteilte Geschichte« (Frank Bösch) schon zu schreiben begonnen worden ist. Die Diskussion ist bereits im Gange und zeigt, welche Lücken und Versäumnisse die jeweiligen ›Separat-Historiographien‹ der Teilstaaten hinterlassen haben.

Dieses Buch ist eine ausgeweitete Fortschreibung von »Deutschland. Von der Teilung zur Einigung 1945 bis heute«, das in der Darstellung 2009 endete. Neue Kapitel sind zu den bereits genannten Themenfeldern (Kultur, Literatur, Medien, Industrie, Technik, Sport und Unterhaltung etc.) hinzugekommen. Inzwischen ist nicht nur ein ereignisreiches Jahrzehnt vergangen, das es neu zu erzählen gilt, sondern auch eine Reihe neuester Forschungsliteratur erschienen, die zu berücksichtigen war.

Die »Berliner Republik«, so Manfred Görtemaker, musste als Zentralmacht Europas ihrer Verantwortung im Zeichen wiederkehrender Herausforderungen (Kosovo-Krise, »Euro«-Krise, »Flüchtlingskrise«, Ukraine-Krise, »Brexit«-Krise, Klimakrise und zuletzt die Corona-Krise) gerecht werden. Sie wurde aber auch im Wege ihres Krisenmanagements, v. a. im Rahmen der EU, zunehmend kritisiert und dabei die Rolle von Bundeskanzlerin Merkel hinterfragt. Die veränderte parteipolitische Landschaft mit dem Aufschwung der Grünen und dem Einzug der populistisch-rechtsbürgerlichen Protestwählerpartei »Alternative für Deutschland« (AfD) in den Bundestag war einzuarbeiten und die ausklingende Ära Merkel zu bilanzieren.

Die Jahre ab 2015 in Deutschland sind von einer veränderten innenpolitischen Entwicklung gekennzeichnet gewesen. Das noch junge Selbstverständnis von einer

›Einwanderungsgesellschaft‹ war starken Spannungen ausgesetzt und hat Risse erhalten. Neue politische Bewegungen und eine immer hemmungsloser gewordene Kommunikationsgesellschaft jenseits der öffentlich-rechtlichen Medien haben das gesellschaftliche Klima radikalisiert sowie das klassische politische System der Volksparteien (CDU/CSU und SPD) heftig auseinandergewirbelt und bereits erodieren lassen.

Die verschiedenen Koalitionsregierungen waren und sind mit einer Fülle kaum mehr zu bewältigender Herausforderungen und zahlreicher noch ungelöster Zukunftsaufgaben (Altersversorgung, Digitalisierung, Energiewende, Gesundheitssystem, Klimawandel, Migration, Verkehrsinfrastruktur und Wohnraumfrage) konfrontiert gewesen. Sie brachten sie an die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit und Problemlösungskapazität. Nicht zuletzt deshalb ist seit der staatlichen Einheit Deutschlands Gesellschaft und Politik in der Beurteilung dieser Zukunftsfragen gespaltenere denn je, zumal die Folgen der politischen Entscheidungen nicht abschätzbar sind.

Die Große Koalition befand sich mehrfach in einer tiefgehenden Krise. Das führte bereits zu geschwächter deutscher Führungsfähigkeit in der EU. Die Corona-Krise stellte sie vor ungeahnte existentielle Herausforderungen, zumal es um die Gesundheit der Bevölkerung, die Wirtschaft des Landes und die rechtsstaatliche Verfassung ging. Die Große Koalition wuchs angesichts dieser Pandemie über sich hinaus und gewann zunehmend öffentliche Anerkennung zurück.

Autor und Verlag dieses Buches haben sich aus all den genannten Gründen und Überlegungen für ein neues Buch der Geschichte Deutschlands von der geteilten Nation zur gespaltenen Gesellschaft entschieden, zumal die Folgen der deutschen Einigung nach wie vor nicht ausdiskutiert, verarbeitet und immer noch ein kontroverses öffentliches Thema sind.

Ohne die weiter fortwirkende Geschichte der zwei deutschen Staaten – die DDR ist in den Köpfen der mittleren und älteren Generation der Ostdeutschen nach wie vor sehr präsent – in die Gegenwartsbetrachtung miteinzubeziehen, ist Deutschland 30 Jahre nach der »Wiedervereinigung« kaum zu verstehen.

In Form von Kästen werden Kurzbiographien von zentralen politischen Akteuren wie Konrad Adenauer, Walter Ulbricht, Helmut Schmidt, Erich Honecker, Helmut Kohl, Joschka Fischer, Angela Merkel und Wolfgang Schäuble geboten. Eine andere Form von Kästen betreffen historische Ereignisse wie Ulbrichts Dementi des Mauerbaus 1961, Brandts Kniefall in Warschau 1970, Honeckers Besuch in der Bundesrepublik 1987, Schabowskis berühmte Pressekonferenz am 9. November 1989 oder Merkels »Wir schaffen das!« 2015.

Herrn Dr. Otto May/Hildesheim danke ich für postalische Dokumente wie Ersttagsbriefe aus seiner Sammlung. Frank Binkowski hat mich bei der Durchsicht der Kapitel und der Fertigstellung der neuen Kapitel mit Informationen und Material unterstützt. Vom Verlag hat mich Dr. Victor Wang mit Rat und Tat begleitet. Frau Katrin Reineke hat vielfältige Wünsche zu den Grafiken sorgfältig und umsichtig umgesetzt. Frau Löw hat die aktuellen Kapitel Korrektur gelesen. Sie und Herr Binkowski waren auch bei der Umbruchkorrektur im Einsatz. Ihnen allen gebührt mein außerordentlicher Dank.

Für alle verbliebenen Fehler und Unzulänglichkeiten bin ich allein verantwortlich. Es sei das Buch insbesondere Leserinnen und Lesern gewidmet, die sich der Thematik nicht allein aus einer westdeutschen oder ostdeutschen Perspektive nähern, sondern sich um eine ausgewogene, neutrale und objektive Sicht bemühen, unvoreingenommen und unabhängig vom Ausgang der Geschichte die Entwicklung der deutschen Staaten angemessen, aber auch kritisch betrachtet sehen wollen.

Michael Gehler

Hildesheim, Mai 2020

PS: Nach Manuskriptabschluss erschien Edgar Wolfrums Buch »Der Aufsteiger. Eine Geschichte Deutschlands von 1990 bis heute«. Vorliegendes Buch lässt eine solche Rollenzuschreibung nicht zu. Trotz des Zuwachses bei Bevölkerungszahl und Gebietsstand sowie gesteigerter Ausfuhr (bei eigenem Wertschöpfungsverlust der Exportgüter), positiver Leistungsbilanz, ökonomischen Wachstums und gesteigerter Wirtschaftsleistung stehen diesen andere Befunde entgegen: Das Land ringt seit 1990 mit dem inneren Zusammenhalt. Es ist ideologisch, gesellschaftlich, politisch und innerparteilich gespalten, ja 2020 zerrissener denn je. Das war seiner Position der Stärke abträglich. Ohne Deutschland wären zwar weder der Euro (2002) noch die EU-Osterweiterung (2004) so schnell gekommen, doch seit der Banken- und Finanzkrise (2010) ist es in der EU angefochten. Seit der »Flüchtlingskrise« (2015) angeschlagen, konnte sich Deutschland unter den EU-27 nicht mehr behaupten. Es hat zur Nord-Süd- und Ost-West-Spaltung der Union in der Euro- bzw. Migrationsfrage mitbeigetragen und sich damit selbst geschwächt sowie den »Brexit« nicht verhindern können. In der Bewältigung der Corona-Krise setzte sich Berlin auch gemeinsam mit Paris gegen EU-Klein- und Mittelstaaten nicht durch. Seit einer Dekade im europa-, integrations- und innenpolitischen Krisenmodus, reicht für die Bändigung der Zentrifugalkräfte in der EU und die Sicherung ihres Zusammenhalts sowie die Verhinderung des Auseinanderdriftens und des Niedergangs des Westens die Kraft nicht mehr aus. Betrachtet man die innerdeutsche Lage stichwortartig und alphabetisch durchdekliniert bezüglich Bahn, Bildung, Bundeswehr, Chancengleichheit, Demokratieschutz, Digitalisierung, Einwanderer-Integration, Energie, Frauenquote, Gleichstellung, Klima, Pflege, Umwelt, Verkehrsinfrastruktur und Wohnraum fragt sich, worin der deutsche Aufstieg besteht. Herfried und Marina Münklers Buch »Abschied vom Abstieg. Eine Agenda für Deutschland« (2019) bringt diese Zustände realistisch und ungeschönt auf den Punkt. Die Sicherung des Bestehenden, sprich Status quo-Wahrung und Verhinderung weiteren Abstiegs, sind für Deutschland und die EU Herausforderung und Aufgabe genug.

1. Deutschland-Frage und zwei deutsche Staaten (1945/49–1961)

1.1 »Germany first«: Die European Advisory Commission (EAC) 1943–45

Der Versuch Adolf Hitlers, mit dem Krieg gegen Polen 1939 und dem Angriff auf die Sowjetunion 1941, »Lebensraum« für das deutsche Volk zu erobern und ein »Großgermanisches Reich« zu schaffen, war aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen der Alliierten gescheitert. Bis ins Jahr 1943 gab es allerdings zwischen den drei Hauptverbündeten der Anti-Hitler-Koalition, Großbritannien, der UdSSR und der USA weder eine Vereinbarung noch eine Koordination in der Frage, was nach einem Sieg geschehen sollte. Mit der nach Stalingrad sich abzeichnenden Niederlage der Deutschen Wehrmacht verzahnte sich die Nachkriegsplanung der Alliierten ab Herbst und Winter 1943 stärker.

Die Moskauer Außenministerkonferenz vom 19. Oktober bis 1. November beschloss die Bildung einer gemeinsamen Beratenden Kommission, der European Advisory Commission (EAC). Vom 15. Dezember 1943 bis zur Beendigung ihrer Tätigkeit am 2. August 1945 – ihre Aufgaben wurden vom Alliierten Kontrollrat sowie vom Rat der Außenminister der Vier Mächte übernommen – konzipierte die EAC vier zentrale Dokumente: *erstens* den Entwurf einer Kapitulationserklärung (25. Juli 1944), *zweitens* ein Abkommen der Drei Mächte über die Besatzungszonen und die Verwaltung »Groß-Berlins« (12. September 1944), *drittens* den Kontrollapparat (14. November 1944) sowie *viertens* die Deklaration der Vier Mächte hinsichtlich der Niederlage der Deutschen und der Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland (5. Juni 1945). Außer mit Deutschland beschäftigte sich die EAC nur mit Bulgarien und Österreich. Es waren die Briten, die im Rahmen der EAC am ehesten »europäisch« dachten und auch das stärkste Interesse an ihrem Fortbestand hatten. Das Allied Consultation Committee (ACC), das am 18. Dezember 1944 seine erste Sitzung abhielt, nahm Zusammenfassungen der Vorschläge der »minor allies« vor, die in der EAC jedoch kaum Beachtung fanden. Die britische Regierung informierte vertraulich ihre Dominions über die Beratungen und behandelte das französische nationale Befreiungskomitee (CFLN) privilegiert.

Die übrigen in London ansässigen europäischen Exilregierungen wurden insgesamt nur oberflächlich und mit geringem Zeitvorsprung vor der Öffentlichkeit über die Resultate der EAC informiert. Die Behandlung der übrigen Verbündeten als »minor

allies« machte deutlich, dass für die USA und die UdSSR die Europäer nur ein »minor factor« waren. Wenngleich die Arbeiten der EAC nur langsam vorangingen, war ihr Ergebnis beachtlich.

Mit den Vereinbarungen über die Kontrollprozeduren und die Festlegung der Besatzungszonen in Deutschland und Österreich (eingeschlossen Berlin und Wien) hatte sie entscheidende Vorarbeit für die zukünftige Vier-Mächte-Verwaltung in beiden Ländern geleistet. Das »dismemberment of Germany« (»Zerstückelung Deutschlands«) fand aufgrund unterschiedlicher Überlegungen der »Großen Drei« keinen Konsens. Die EAC erzielte daher nur Minimalkompromisse, während in den Grundsatzfragen vieles offenblieb, woran auch der Alliierte Kontrollrat in Berlin scheitern sollte.

Die großen Erwartungen, die das britische Außenamt, das Foreign Office, auf die EAC gesetzt hatte, sollten sich nicht erfüllen, zumal diese nie über die Gestaltung Europas in der Nachkriegszeit beriet. Ganz abgesehen davon, dass die EAC mit den Abkommen über die bedingungslose Kapitulation und die Besatzungssysteme Deutschlands hinreichend beschäftigt war, fehlte es den anderen Mitgliedern am politischen Willen dazu. Die Bereitschaft Washingtons und Moskaus fehlte, aus der EAC ein Forum für die Planung der Neuordnung Europas nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu machen.

1.2 Widersprüchliche Befreiung 1945: Bedingungslose Kapitulation, Bombenkrieg, »Zusammenbruch« und »Stunde Null«?

Ausgehend von der Forderung der Anti-Hitler-Koalition auf der Konferenz von Casablanca vom 14. bis 26. Januar 1943 kapitulierte die Deutsche Wehrmacht am 8./9. Mai 1945 bedingungslos. Bezeichnend war die Unterfertigung von zwei Kapitulationsurkunden: in Reims gegenüber den westlichen und in Berlin-Karlshorst gegenüber den sowjetischen Militärs. Millionen deutscher Soldaten waren gefallen. Fast jede Familie war davon betroffen.

Das Ende der NS-Herrschaft ging mit der militärischen Besetzung des Deutschen Reichs durch alliierte Truppen einher. Die Sieger und die von der NS-Diktatur unterdrückten und verfolgten Opfer in den Konzentrationslagern empfanden die Niederungung des Hitler-Reichs als Befreiung von der NS-Terrorherrschaft und sprachen darüber auch vollkommen zu Recht so. Als »Befreiung« sah dies aber die Mehrheit der Deutschen nicht unbedingt so. Angesichts des völligen staatlichen Zusammenbruchs herrschte eine gedrückte Stimmung, gleichwohl das Ende des Krieges mit Erleichterung aufgenommen wurde, den die Deutschen durch den amerikanisch-britisch-kanadischen Luftkrieg mit Flächenbombardements in den Städten sowohl als individuelle als auch als kollektive Katastrophe, d. h. als entbehrungsreich und leidvoll erlebt hatten. Mehr als 500.000 Zivilisten fanden dabei den Tod. Am schlimmsten traf es Hamburg, als in einer Woche bis zu 40.000 Menschen umkamen.

Viele deutsche Städte wurden noch in den letzten Kriegswochen in Schutt und Asche gelegt. Nicht nur große, sondern auch mittlere und kleinere Städte waren vom alliierten Bombenkrieg schwer betroffen – viele sind ohne jeglichen militärstrategischen Grund angegriffen und zerstört worden. Das »Nürnberg des Nordens«, das mittelalterliche Städtchen Hildesheim mit seinen vielen Kirchen ging am 22. März 1945 zu fast 90 % im britisch-kanadischen Bombenhagel unter. Über tausend Jahre Stadtgeschichte waren in einem Moment zerstört. »Der Augenblick und die Geschichte« nannte es Manfred Overesch. Besonders schwer traf es auch Dresden, wegen seiner Lage und seiner Kunstschätze das »deutsche Elbflorenz« genannt. Wenige Wochen vor Ende des Kriegs wurde das Gesicht dieser Stadt völlig zerstört. Was war geschehen?

Am 13. Februar 1945 gingen in Dresden um 21.41 Uhr die Alarmsirenen los. Bisher hatte die Stadt nur zwei kleinere Luftangriffe erfahren. Fliegerabwehr (Flak) war kaum vorhanden, da diese zur Panzerbekämpfung an der Ostfront eingesetzt war. Um 22.09 Uhr fielen die ersten Bomben aus 243 schwer beladenen britischen Lancaster-Bombern auf das historische Zentrum der Stadt. Langstreckenjäger Typ »Mosquito« hatten zuvor Leuchtmarkierungen vorgenommen.

Die Angriffe dauerten keine 30 Minuten. Zeit für Rettungsaktionen und Löscharbeit war kaum. Eine neuerliche Welle mit 529 Lancaster-Bombern traf ab 1.22 Uhr wieder die Stadt. Anschließend schien Ruhe zu sein – trügerische Ruhe. Elf Stunden später griffen 311 US-amerikanische B-17 »Flying Fortress« (»Fliegende Festung«) mit jeweils über zwei Tonnen Bomben die wehrlose Stadt an. Mustang-Jäger flogen tief, beschossen mit Bordwaffen Straßen und Plätze. Die bereits nach dem ersten Großangriff ausgefallene große Alarmanlage konnte die Dresdner nicht mehr warnen. 210 B-17-Bomber griffen die Stadt am 15. Februar zum letzten Mal an. Da kaum mehr noch etwas zu zerstören war, fielen die Schäden geringer aus als bei den drei vorherigen Bombardements.

Mehrere Tausend Tonnen Brand- und Sprengbomben wurden abgeworfen, sodass für jedes Haus nahezu ein Zentner Sprengstoff abfiel. Der deutsche Historiker und Publizist Jörg Friedrich sprach in seinem Buch »Der Brand«, welches sich mit dem Luftkrieg gegen Deutschland befasst, im Falle der Bombardements von Dresden und Darmstadt von »Präzisionsvernichtung« und seitens des Alliierten Bomber Command von intendierten »Kolossal-Massakern«.

Diese Art von »Befreiung« war mehr als zwiespältig aufzufassen, zumal sie mit dem Tod zehntausender unschuldiger Zivilisten, dem Verlust von Familienangehörigen sowie der Zerstörung von Hab und Gut verbunden war. Dass die amerikanischer B-39 Bomber den Namen »Liberator« trugen, konnte man vor diesem Hintergrund als zynisch empfinden. Der britische Moralphilosoph und Schriftsteller Anthony C. Grayling bejahte die Frage, ob es sich bei den Flächenbombardements um Kriegsverbrechen handelte. Kriegsvölkerrechtlich sprach zwar nichts gegen diese Art von Kampfführung, sie aber moralisch für verwerflich zu halten, sei schwerlich zu bestreiten.

Das kollektive Gedächtnis des Zerstörungsangriffs gegen Dresden blieb in der Bevölkerung bis zum heutigen Tage wach. Am 15. Februar 1945 war die ausgebrannte

Dresdner Frauenkirche als Folge der Bombenangriffe eingestürzt. Beginnend mit dem Jahr 1946 gab es mehrere erfolglose Wiederaufbaubestrebungen. Seit dem 13. Februar 1982 wurde der Trümmerberg Symbol der Friedensbewegung »Schwerter zu Pflugscharen« in der DDR und Ort des gewaltfreien Protestes. Im November 1989 gründete sich im Zuge der friedlichen Revolution eine Bürgerinitiative für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche, aus der 1990 eine »Gesellschaft zur Förderung des Wiederaufbaus der Frauenkirche Dresden e.V.« hervorging. 1992 setzten erste Sicherungs- und Planungsarbeiten ein. Ein Jahr darauf folgte die archäologische Entrümmerung, die 1994 abgeschlossen wurde, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. 60 Jahre nach Kriegsende war dieser mit der Weihe der Frauenkirche am 30. Oktober 2005 vollendet.

Nicht nur große, sondern auch mittlere und kleinere Städte waren vom Bombenkrieg schwer betroffen. Etwa fünf Millionen Wohnungen waren gänzlich oder stark zerstört (Abb. 1). Die Deutschen lebten in Kellern unter Trümmern, in Baracken oder Behelfswohnungen. Vielfach war die Versorgung mit Strom und Gas zusammengebrochen, Wasser gab es nicht ausreichend. Das Wort »Zusammenbruch« findet seine Erklärung nicht nur mit Blick auf das untergegangene Deutsche Reich und den zerborstenen NS-Staat. Zusammengebrochen und zerstört waren Häuser, Einrichtungen, Verkehrs- und Transportwege, Eisenbahn und Post funktionierten nicht mehr, Behörden und Dienststellen hatten sich aufgelöst.

Die alliierten »Befreier« waren von der Mehrheit der »Volksgenossen« weder herbeigerufen worden, noch war die Besetzung Deutschlands wirklich erwünscht. Es gab Verbote der Verbrüderung (»non-fraternization«) mit den »Befreiten«, die die Art und Weise der Befreiung als zumindest zwiespältig empfanden. Von Freundschaft und Bündnispartnerschaft auf breiter Basis konnte bei Kriegsende und den ersten nachfolgenden Jahren keine Rede sein.

Für viele Deutsche bedeutete das Jahr 1945 einen tiefen persönlichen Einschnitt: Der Nationalsozialismus hatte sich als verbrecherische Bewegung und zerstörerisches System erwiesen. Mitunter war man mitverantwortlich oder gar mitschuldig geworden. Traditionen waren abgeschnitten und Wertvorstellungen erschüttert. »Autorität«, »Führung«, »Fleiß«, »Nation«, »Ruhe« und »Ordnung« hatten bei all ihrer Problematik Werte dargestellt und entsprechende Orientierungen gegeben. Sie schienen nun wertlos, jedenfalls durch Hitler und seine Schergen instrumentalisiert und pervertiert. Die Besetzung des Landes bedeutete für viele Deutsche Angst und Ungewissheit vor der Zukunft. Nicht wenige Herrschaftsträger, Funktionäre sowie Anhänger und Sympathisanten des Nationalsozialismus begingen Selbstmord.

Die Militärokkupation und die unterschiedliche Besatzungspolitik in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und den westlichen Zonen zogen unterschiedliche Gesellschafts-, Ordnungs-, Sozial- und Wirtschaftssysteme nach sich, die die äußerliche Teilung und die innere Spaltung Deutschlands einleiteten. Weder Hitler, zu dem die Mehrheit der Deutschen bis zuletzt hielten, noch sein Krieg, den viele Deutsche als eine Art »Strafe Gottes« empfanden, sondern die verschiedenen Besatzungs-



Abb. 1: Kriegszerstörungen in den deutschen Städten

praktiken und die gegensätzlichen alliierten Vorstellungen über die zukünftige Regelung der deutschen Frage sollten zu einer geteilten Nation führen.

Auch für viele der Millionen von Flüchtlingen und Vertriebenen aus den deutschen Ostgebieten, die in den Westzonen und der späteren Bundesrepublik unterkamen, musste der Begriff der »Befreiung« zynisch wirken, von der SBZ ganz zu schweigen. Die Men-

schen fühlten sich dort alles andere als »befreit«. Vergewaltigungen, Verhaftungen und Verschleppungen waren in den ersten Monaten nach Kriegsende und zum Teil noch Jahre danach erlebte Alltagserfahrung. Es etablierte sich im neuen Osten Deutschlands eine neue Diktatur, verbunden mit Repression und Terror.

Zunächst galt es, für viele Deutsche die Nöte des Lebensalltags zu meistern. Gemeinsam mit den Militärverwaltungen mussten Transportprobleme gelöst und die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Brennstoff und Kleidern versorgt werden. Die viel zitierten »Trümmerfrauen« halfen bei der Beseitigung des Bombenschutts und trugen zum Wiederaufbau in den Städten entscheidend mit bei. Verschärft wurde die katastrophale Versorgungslage durch die aus dem Osten eintreffenden Flüchtlinge und von dort Vertriebenen. Der Zwang zum politischen Neuanfang wurde als »Stunde Null« bezeichnet. Tatsächlich gab es sowohl ideologische als auch personelle Kontinuitäten in Verwaltung und Wirtschaft.

Mit der Berliner Erklärung vom 5. Juni 1945 legten nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht die alliierten Hauptsiegermächte des Zweiten Weltkrieges die Prinzipien ihrer Deutschlandpolitik fest, in denen sie die »oberste Regierungsgewalt in Deutschland« übernahmen, womit es jegliche Souveränität verlieren sollte. Die Handlungsspielräume waren damit durch formellen Beschluss der Alliierten auf Null reduziert. Das verstärkte sich noch in den Folgejahren, als die geteilte Nation zum Hauptaktionsfeld des Ost-West-Konflikts in Europa werden sollte, der alsbald eine globale Dimension annahm. Bestimmende Faktoren für die politische Entwicklung Deutschlands waren also die Besatzungsmächte, doch wäre es verfehlt anzunehmen, dass die Deutschen selbst ihr politisches Schicksal nicht in die Hände nehmen und mitentscheiden konnten, wie noch zu zeigen sein wird. Formell und offiziell hatten die Alliierten das eindeutige Sagen. Sie waren verantwortlich und zuständig für Berlin und Deutschland als Ganzes.